

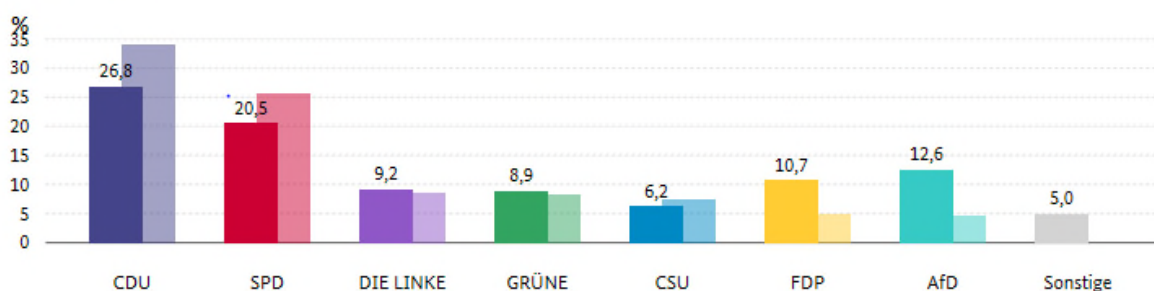
AfD im Bundestag

Mit **12,6 Prozent (5,87 Mio. absolute Zweitstimmen) und 94 Mandaten** zieht erstmals eine Partei der modernen radikalen Rechten in den Deutschen Bundestag ein. Innerhalb von vier Jahren, seit dem knapp verpassten Bundestagseinzug der AfD 2013, ist es der Partei gelungen, in 13 Landesparlamente, das Europaparlament und schließlich in den Bundestag einzuziehen. Erstmals ist damit eine offen chauvinistische, nationalistische, in weiten Teilen rassistisch und völkisch auftretende Partei bundesweit verankert.

Gesamtergebnis Zweitstimmen

Zweitstimmen

Bundestagswahl 2017, Deutschland
Vorläufiges Ergebnis



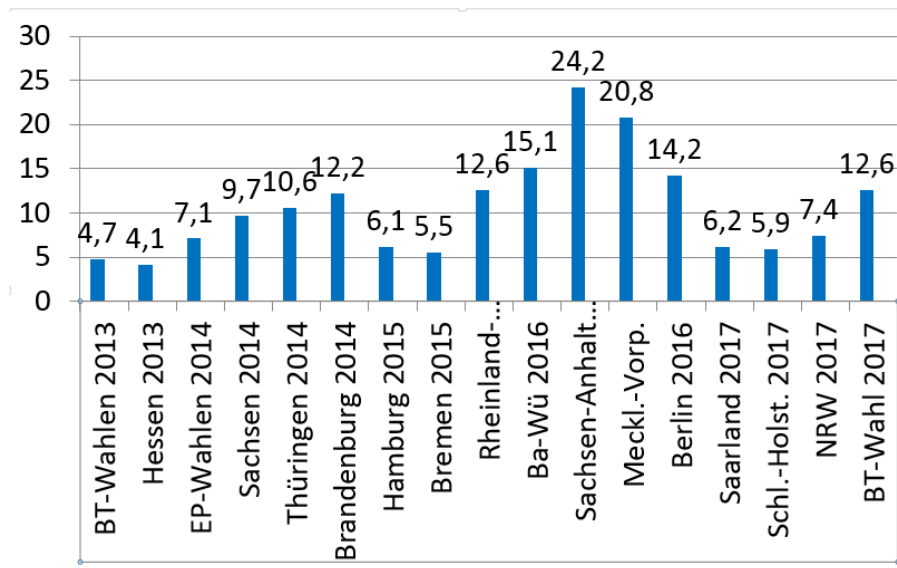
■ Stimmenanteil aktuell
■ Stimmenanteil Vorperiode

© Der Bundeswahlleiter, Wiesbaden 2017

Die AfD hat sich damit zum parteipolitischen Repräsentanten einer gesellschaftspolitischen Stimmung entwickelt, die als Ergebnis einer ca. 20 jährigen Phase des verschärften neoliberalen Umbaus der Gesellschaft zu betrachten ist. Bereits zu Beginn der 2000er Jahre wurde auf die Verbindung des Aufstiegs einer modernisierten radikalen Rechten („Rechtspopulismus“) mit Formen eines autoritären Kapitalismus, der die innergesellschaftlichen Konkurrenzmechanismen immer stärker ins Zentrum der Politik rückt, hingewiesen (Heitmeyer u.a., „Deutsche Zustände“). **In der AfD bündelt sich der autoritär strukturierte Teil der Unzufriedenheit** mit der politischen Entwicklung, die durch Finanzmarkt und Eurokrise, sowie durch die starke Zuwanderung 2015 f. noch einmal befeuert wurde.

Die Radikalisierung der AfD seit 2013 spiegelt eine beschleunigte Verschärfung des gesellschaftspolitischen Klimas, das sich vor allem gegen „schwache Gruppen“ in der Gesellschaft richtet und die – häufig berechnete aber ungezielte – Wut vieler Bürgerinnen und Bürger auf Migrantinnen und Migranten, Erwerbslose, sexuelle Minderheiten etc. lenkt.

Grafik: AfD-Wahlergebnisse 2013-2017



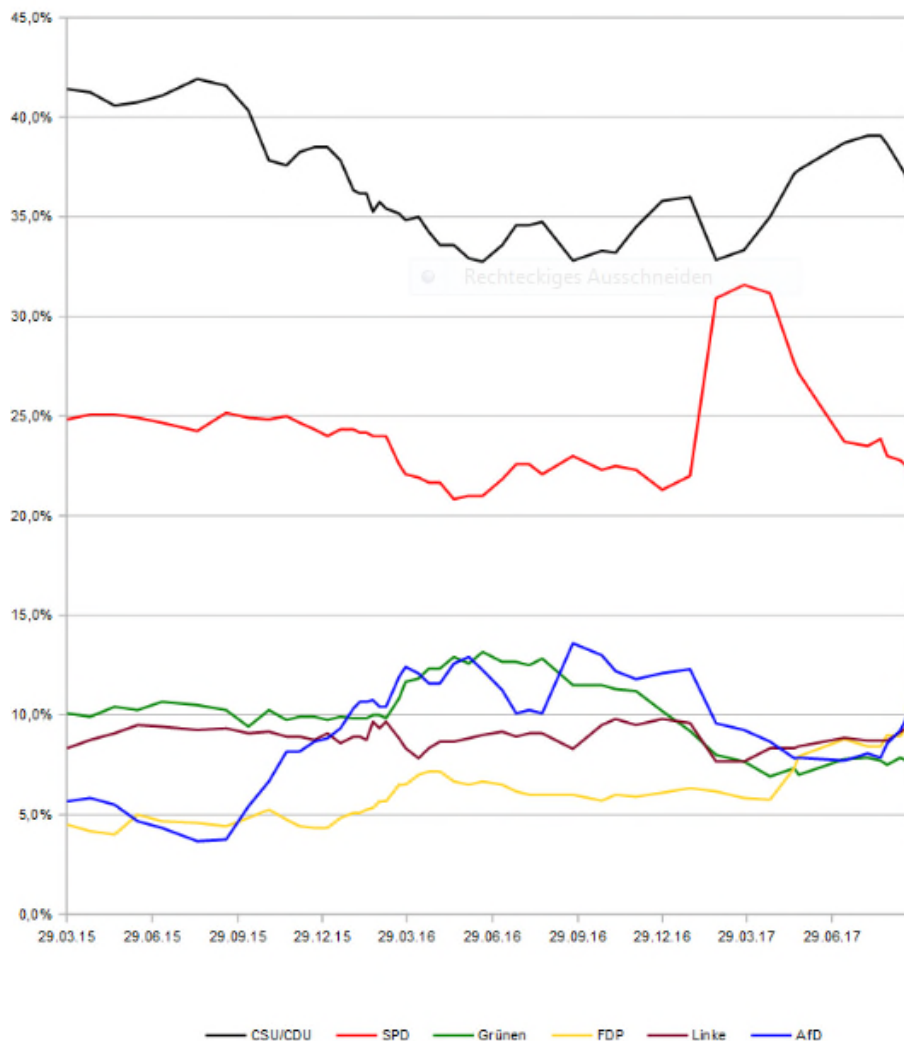
AfD-Wahlergebnisse zur Bundestagswahl 2017

Der Einzug der AfD in den 19. Deutschen Bundestag war absehbar. Spätestens mit den fulminanten Erfolgen bei den Wahlen im Frühjahr 2016 (Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt) war klar, dass die AfD sich mittelfristig verankern und die Themen Flüchtlingsabwehr, antimuslimischer Rassismus und Nationalismus zur Mobilisierung und zum weiteren Wachstum nutzen würde. Alle seit Jahren vorhandenen Einstellungsuntersuchungen belegen, dass es eine Nachfrage nach politischer Repräsentation solcher Positionen gibt und die AfD war und ist bemüht, das gesamte Spektrum von der konservativen bürgerlichen Mitte bis zur neofaschistischen Rechten für sich zu erschließen.

Auch wenn die scheinbar unaufhaltsame Erfolgswelle der AfD im Jahr 2016 sich 2017 zunächst abflachte, war trotz gegenteiliger Einschätzungen mancher Medien („AfD auf dem Weg zur Fünf-Prozent-Grenze“) realistisch davon auszugehen, dass die AfD den Einzug in den Bundestag schaffen würde. Die Höhe des Ergebnisses lässt Rückschlüsse auf vorhandene Unzufriedenheiten aber auch auf tief verankerte Ressentiments und einen Alltagsrassismus zu, die beide von der AfD bedient wurden. Der AfD ist es gelungen, die soziale Grundierung vorhandener Unzufriedenheiten für einen Teil der Wähler_innen in ihrem Sinne als Frage von innen und außen (Zugehörige und Nichtzugehörige) zu thematisieren und sie somit der oben-unten-Deutung von Links zu entziehen.

Bundestwahltrend seit 2015:

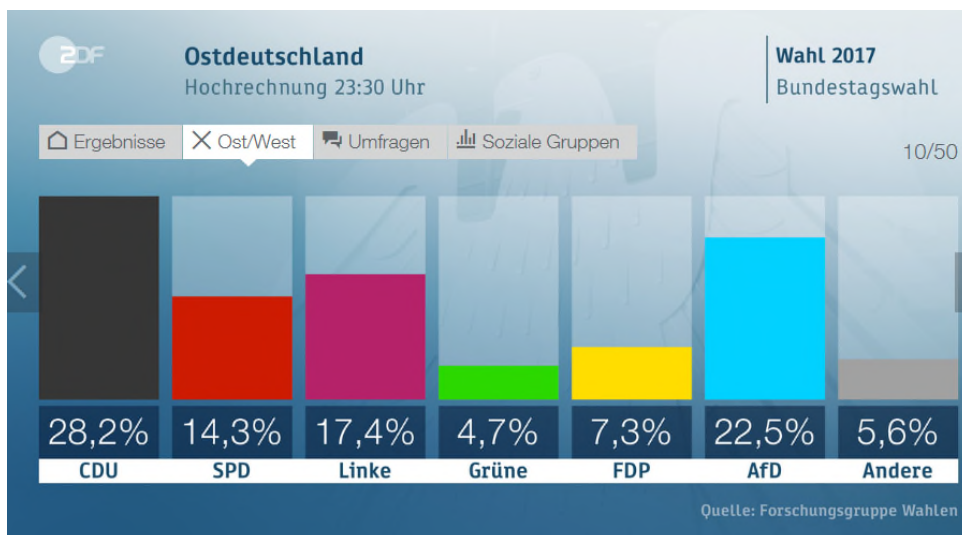
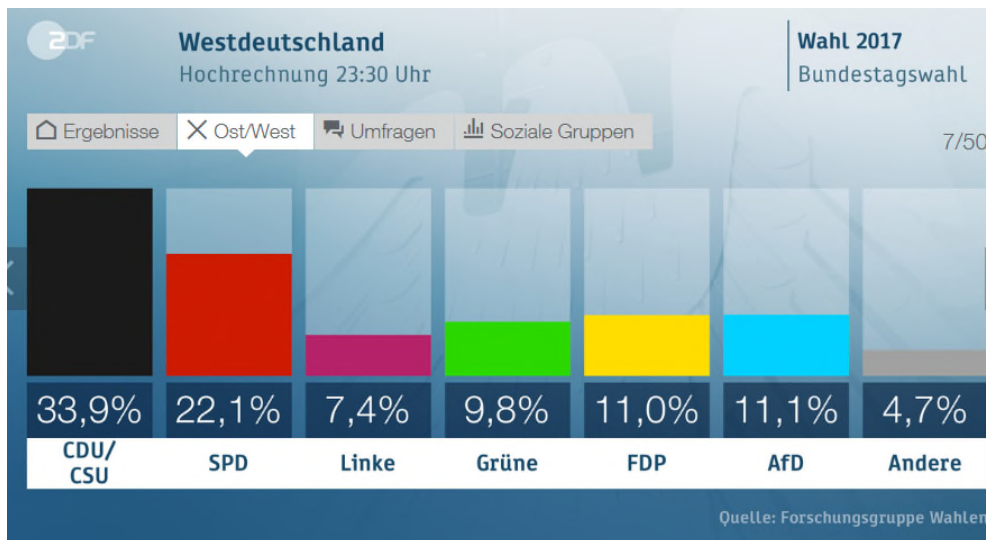
Bundestwahltrend ab März 2015



Im Trend der Prognosen zur Bundestagswahl lässt sich bei der AfD eine deutliche Beziehung zum kurzzeitigen Aufstieg der SPD nach der Bekanntmachung der Kandidatur von Martin Schulz ausmachen. Ob ein Teil der AfD-Wähler_innen über eine tatsächlich aussichtsreiche Alternative zu Angela Merkel von der Wahl der AfD abgehalten worden wäre, bleibt Spekulation. Das „Merkl muss weg“-Motiv ist jedoch in der AfD-Wählerschafts sehr dominant. **Mit der zunehmenden Deutlichkeit, dass es keine realistische personelle Alternative zu Merkel gab, kehrten offenbar viele AfD-Wähler_innen zu ihrer ursprünglichen Präferenz zurück.**

AfD in Ost und West

Sieht man sich das Wahlergebnis der AfD für die einzelnen Regionen und Länder an, dann lassen sich **klare Schwerpunkte in Ostdeutschland** erkennen. Offensichtlich ist die **AfD in Ostdeutschland zur zweitstärksten Partei** mit einem Gesamtergebnis von ca. 23 Prozent dort geworden, wohingegen sie im Westen auf ca. 11 Prozent kam. Die Debatten um die AfD als Ostpartei um die Anfälligkeit der Ostdeutschen für rassistische Politik, sowie um die besonderen Probleme Ostdeutschlands im 27. Jahr nach der Einheit werden damit sicherlich erneut aufbrechen und auch DIE LINKE in besonderem Maße bewegen.



Wahlergebnisse nach Ländern

In Sachsen ist die AfD mit 27 Prozent zur stärksten Partei noch vor der CDU geworden. Im Heimatland von Pegida ist die AfD damit zur führenden Kraft aufgestiegen. In allen anderen ostdeutschen Bundesländern ist sie zweitstärkste Kraft geworden. Im Westen liegen ihre besten Ergebnisse in Bayern und Baden-Württemberg (12,4 bzw. 12,2 Prozent).

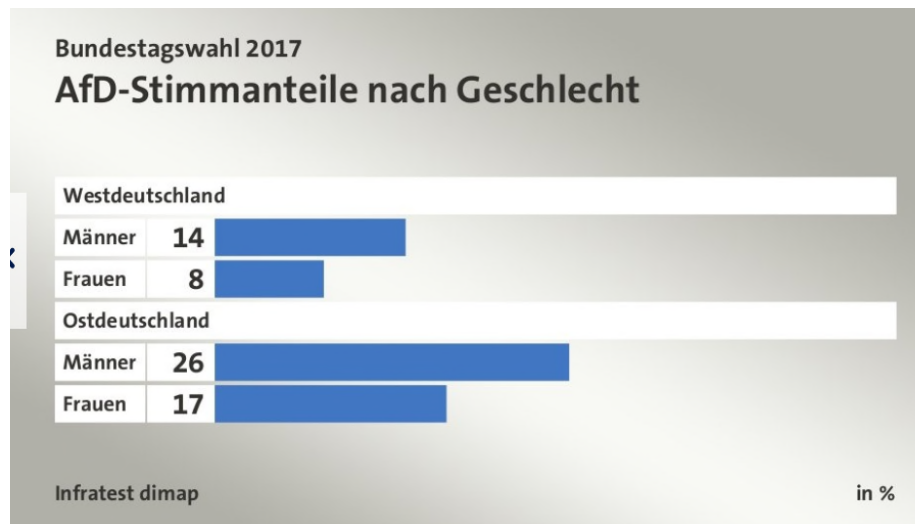
Ergebnisse in den Ländern																		
● Prozentwerte ○ Absolute Zahlen																		
Bundesland (Wahlkreise)	Union			SPD			Grüne			Linke			FDP			AfD		
	Stimmen %	Direkt	Gesamt	Stimmen %	Direkt	Gesamt	Stimmen %	Direkt	Gesamt	Stimmen %	Direkt	Gesamt	Stimmen %	Direkt	Gesamt	Stimmen %	Direkt	Gesamt
Schleswig-Holstein (11)	34,0 %	10 *		23,3 %	1 *		12,0 %	0 *		7,3 %	0 *		12,6 %	0 *		8,2 %	0 *	
Hamburg (6)	27,3 %	1 *		23,5 %	5 *		13,9 %	0 *		12,2 %	0 *		10,8 %	0 *		7,8 %	0 *	
Niedersachsen (30)	34,9 %	16 *		27,4 %	14 *		8,7 %	0 *		7,0 %	0 *		9,3 %	0 *		9,1 %	0 *	
Bremen (2)	25,0 %	0 *		26,8 %	2 *		11,0 %	0 *		13,5 %	0 *		9,3 %	0 *		10,0 %	0 *	
Nordrhein-Westfalen (64)	32,6 %	38 *		26,0 %	26 *		7,6 %	0 *		7,5 %	0 *		13,1 %	0 *		9,4 %	0 *	
Hessen (22)	30,9 %	17 *		23,5 %	5 *		9,7 %	0 *		8,1 %	0 *		11,6 %	0 *		11,9 %	0 *	
Rheinland-Pfalz (15)	35,9 %	14 *		24,2 %	1 *		7,6 %	0 *		6,8 %	0 *		10,4 %	0 *		11,3 %	0 *	
Baden-Württemberg (38)	34,4 %	38 *		16,4 %	0 *		13,5 %	0 *		6,4 %	0 *		12,7 %	0 *		12,2 %	0 *	
Bayern (46)	38,8 %	46 *		15,3 %	0 *		9,8 %	0 *		6,1 %	0 *		10,2 %	0 *		12,4 %	0 *	
Saarland (4)	32,4 %	3 *		27,2 %	1 *		6,0 %	0 *		12,9 %	0 *		7,6 %	0 *		10,1 %	0 *	
Berlin (12)	22,7 %	4 *		17,9 %	3 *		12,6 %	1 *		18,8 %	4 *		8,9 %	0 *		12,0 %	0 *	
Brandenburg (10)	26,7 %	9 *		17,6 %	1 *		5,0 %	0 *		17,2 %	0 *		7,1 %	0 *		20,2 %	0 *	
Mecklenburg-Vorpommern (6)	33,1 %	6 *		15,1 %	0 *		4,3 %	0 *		17,8 %	0 *		6,2 %	0 *		18,6 %	0 *	
Sachsen (16)	26,9 %	12 *		10,5 %	0 *		4,6 %	0 *		16,1 %	1 *		8,2 %	0 *		27,0 %	3 *	
Sachsen-Anhalt (9)	30,3 %	9 *		15,2 %	0 *		3,7 %	0 *		17,8 %	0 *		7,8 %	0 *		19,6 %	0 *	
Thüringen (8)	28,8 %	8 *		13,2 %	0 *		4,1 %	0 *		16,9 %	0 *		7,8 %	0 *		22,7 %	0 *	
(Summe: 299)		(231)			(59)			(1)			(5)			(0)			(3)	

Wer wählt AfD?

Bei der Frage, wer die AfD gewählt hat, zeigen sich einige bekannte Muster aus den Landtagswahlen, die sich auch im Bundestagswahlergebnis spiegeln. Während bei den Altersgruppen nur die jüngeren Jahrgänge zwischen 18 und 24 Jahren und die über 70ig jährigen unterhalb des AfD-Schnitts liegen, hat die Partei besonders bei den mittleren Jahrgängen zwischen 25 und 59 Jahren ihre Stärken.



Auch bei der Verteilung zwischen den Geschlechtern ergibt sich das bekannte Bild einer deutlichen Dominanz der Männer, wie es bei allen bisherigen Wahlergebnissen der AfD zu beobachten war.

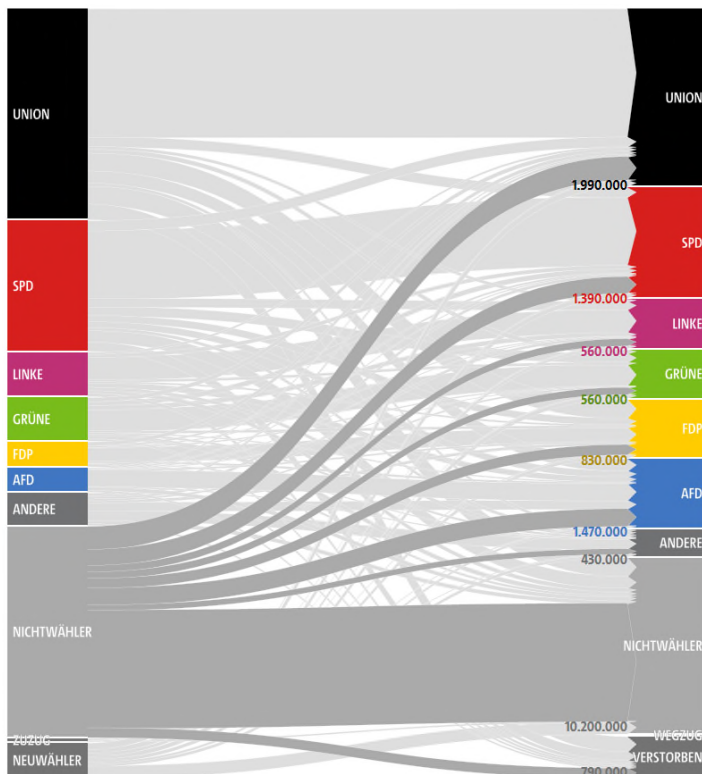


Bei der Auswertung der Wahlergebnisse nach Tätigkeiten zeigt sich, dass die AfD nach wie vor überdurchschnittliche Ergebnisse bei Arbeitern und Arbeitslosen holt, wo sie mit 21 bzw. 22 Prozent fast doppelt so stark abschnitt wie im Gesamtergebnis. Dennoch bleibt zu berücksichtigen, dass die Gesamtzahl der Wähler_innen, die sich hinter den Kategorien „Arbeiter“ und „Arbeitslose“ verbergen jeweils geringer sind, als z.B. die Kategorie „Angestellte“, so dass der Fehlschluss, die AfD primär eine „Arbeiterpartei“ nicht gezogen werden kann. Jedoch wird die AfD, das bleibt festzuhalten, überdurchschnittlich von Menschen in sozialen Lagen gewählt, um die auch DIE LINKE wirbt.

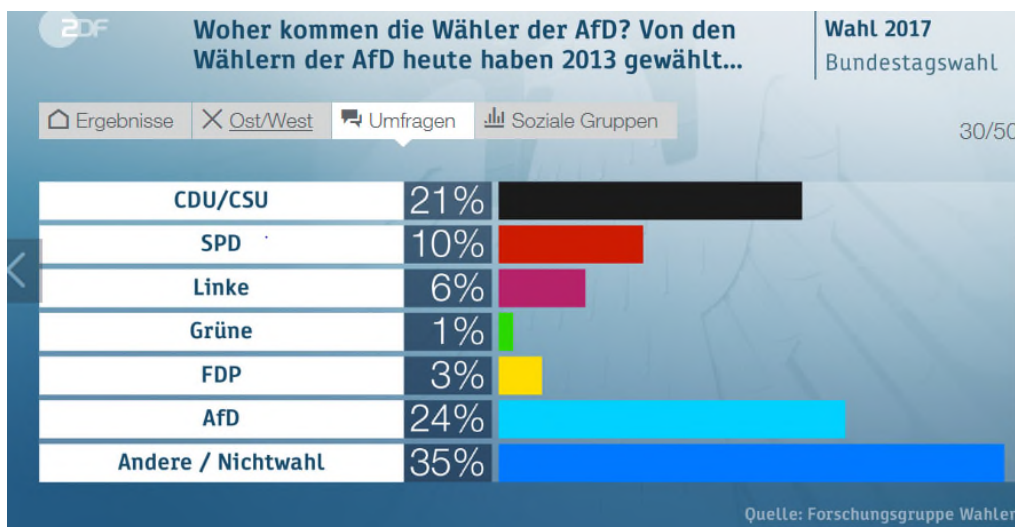


Wählerwanderung

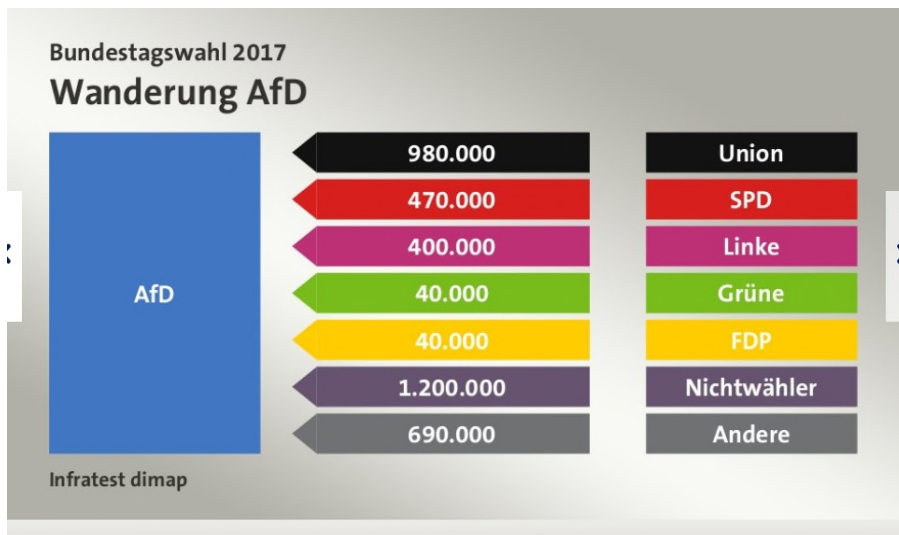
Wie schon bei allen Wahlen zuvor hat die AfD am stärksten Stimmen aus dem Reservoir der früheren Nichtwähler_innen gewonnen. Mit gut 1,4 Mio. Stimmen hat die AfD hier stark mobilisieren können. Jedoch zeigt die Grafik, dass auch alle anderen Parteien aus diesem Bereich Stimmen geholt haben, so z.B. trotz massiver Verluste auch die Union, mit 1,9 Mio. Stimmen sogar deutlich mehr als die AfD.



Im Vergleich zu den Wahlen 2013 zeigt sich, dass die AfD vor allem auf Kosten der Union gewachsen ist. 21 Prozent der Wähler_innen der AfD geben an, bei der Wahl 2013 noch für die Union gestimmt zu haben. Für DIE LINKE ergibt sich hier ein Wert von 6 Prozent.



Bei der Wählerwanderung in absoluten Zahlen ist zu berücksichtigen, dass der Vergleich zur Bundestagswahl 2013 gezogen wird. Wann diese Wähler_innen sich z.B. von der LINKEN verabschiedet haben und ob sie auch bei den vergangenen Landtagswahlen schon AfD gewählt haben, bleibt unklar. Dennoch bleibt es bemerkenswert, dass die AfD neben ca. 1 Mio. Stimmen von Seiten der Union auch ca. 900.000 Stimmen von den linken Parteien SPD und LINKE bekommen hat, davon 400.000 von der LINKEN.



Gründe für die Wahl der AfD

Die zentrale Frage, wie der AfD inhaltlich beizukommen ist, ist auch die schwierigste. Denn die Umfragen zeigen, dass AfD-Wähler_innen sich zwar als sehr besorgt bei vielen Themen erweisen, die Wahl der AfD aber nicht mit konkreten Überzeugungen für diese Partei verbunden ist. Umgekehrt heißt das, **dass ein großer Teil der Wähler_innen gegenwärtig nicht mit besseren Argumenten überzeugt werden kann**, etwa mit Positionen zur sozialen Misere von Links. Für einen großen Teil der AfD-Wähler_innen verläuft die Trennung zwischen Enttäuschung und Überzeugung momentan entlang der Stellung zum Thema Zuwanderung, mit dem alle anderen Fragen überdeckt werden. Differenzierungen sind hier nicht gewünscht und nicht möglich. Das entbindet DIE LINKE nicht davon, immer weiter die tatsächlichen Ursachen für soziale Verwüstungen und Missstände zu benennen. Aller Erfahrungen auch linker Parteien in europäischen Nachbarländern haben gezeigt, dass mit der radikalen Rechten beim Thema Migration/Rassismus nicht zu konkurrieren ist, bzw. damit die Identität als linke Partei auf das Spiel gesetzt wird.

